



B. 90/Die Grünen-offene Liste, Eiland 10, 42651 Solingen

An den Oberbürgermeister der Stadt Solingen

Herrn Tim Kurzbach

offene Liste
Ratsfraktion
Eiland 10
42651 Solingen
T 0212-200740
F 0212-12404
E fraktion@gruene-solingen.de

Solingen, den 2.10.2018

Antrag zur nächsten Sitzung des Rates am 6. Dezember 2018

RWE: Beschleunigter Braunkohleausstieg und neue Leitentscheidung, verbesserte Grenzwerte für Stickoxide sowie ggf. Verkauf der RWE-Aktien

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

namens der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste bitten wir darum, nachstehenden Antrag in der o.g. Sitzung zur Abstimmung zu stellen:

Der Rat der Stadt Solingen beschließt:

1. Der Rat der Stadt Solingen spricht sich vor dem Hintergrund der internationalen Klimavereinbarungen in Paris, der zunehmend bedrohlicher werdenden Klimaentwicklung und dem offensichtlichen Nicht-Erreichen der selbstgesteckten bundesweiten CO₂-Minderungspläne – auch in seiner Eigenschaft als „Aktionär des RWE“ – dafür aus,

den Landtag, den Braunkohlenausschuss und den RWE-Vorstand und -Aufsichtsrat aufzufordern, den geplanten Braunkohleabbau zu überdenken, umgehend wesentlich zu reduzieren, und in absehbarer Zeit aufzugeben, hierfür u.a. die bestehenden Rahmenbetriebspläne für das Abbaugbiet Hambach – ähnlich wie zum Abbaugbiet Garzweiler und dem vom Landtag vor wenigen Jahren beschlossenen Erhalt des Ortes Holzweiler – mittels einer neuen Leitentscheidung so zu verändern, dass u.a. der Hambacher Wald weiter bestehen bleiben kann.
2. Sollte der RWE-Vorstand diesem Ansinnen nicht folgen, werden die Solinger VertreterInnen in der nächsten RWE-Hauptversammlung (vorgesehen am 3. Mai 2019) beauftragt, die Entlastung des RWE-Vorstandes und des Aufsichtsrates abzulehnen und dies auch öffentlich auf der Hauptversammlung begründet zu erläutern.

3. Gemäß einer guten Tradition der 1980er Jahre wird die Vertretung des Aktienbestandes der Stadt Solingen (BSG) in der nächsten RWE-Hauptversammlung direkt durch vom Rat der Stadt Solingen bestimmte FraktionsvertreterInnen wahrgenommen. Der Ältestenrat wird hierzu einen Vorschlag für die erste Ratssitzung in 2019 unterbreiten.
4. Ferner werden Verwaltung und RatsvertreterInnen auch in der nächsten Hauptversammlung des RWE aufgefordert – ähnlich dem Vorgehen von Rat und Verwaltung in den 1980er Jahren – aus Sorge um die Gesundheit der Solinger Bevölkerung, die den Rauchfahnen der RWE-Braunkohlenkraftwerke ja quasi direkt ausgesetzt ist, sich dafür einzusetzen,

dass das RWE die neuen ab 2021 gültigen EU-Grenzwerte für 'Großfeuerungsanlagen' für Stickoxide (NOX) Schwefeldioxid, Feinstaub und Quecksilber unverzüglich umsetzt und ihre Einführung – wie im Falle der neuen Grenzwerte für Stickoxide von 175 mg/m³ (bislange 200 mg) – nicht weiter bekämpft und zu verhindern sucht (die Frist zur Umsetzung der so genannten BREF-Richtlinie ist schon im August 2017 abgelaufen).

Falls erforderlich können Verwaltung bzw. der Rat der Stadt Solingen, ähnlich wie in den 1980er Jahren, sich gutachterlich beraten lassen, um ihrer Auffassung Nachdruck zu verleihen.

5. Sollte sich abzeichnen, dass beide Ziele der Stadt Solingen – beschleunigter Braunkohlenausstieg und umgehende Einführung verschärfter Emissionsgrenzwerte – vom RWE bzw. vom RWE-Vorstand nicht aufgegriffen werden und sich die RWE-Energiepolitik nicht grundsätzlich ändert, wird die Stadtverwaltung und die BSG aufgefordert, den von der Stadt Solingen bzw. der BSG noch gehaltenen Aktienbestand von ca. 285.000 Stückaktien möglichst umgehend zu veräußern, auch um den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien wie in bisherigen Ratsbeschlüssen festgehalten, kontinuierlich vornehmen und finanzieren zu können. Der Beteiligungsausschuss ist fortlaufend über den Fortgang der Veräußerungen zu unterrichten.

Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen
gez.
Martina Zsack-Möllmann
Fraktionssprecherin

gez.
Manfred Krause
Ratsmitglied